



Ebertplatz: Krisengipfel nach zweitem Tötungsdelikt

Reul: "Ich dachte, wir wären schon weiter" - Reker: Interimskonzept trotzdem großer Erfolg - Jacob: Auch tief nachts mehr zivile Fahnder

Drei Tage nach einem erneuten tödlichen Streit unter Drogendealern auf dem Ebertplatz sucht ein vom Bürgerverein Eigelstein einberufener Krisengipfel nach einem Konzept, wie eine solche Bluttat in Zukunft verhindert werden kann. In der Nacht zu Sonntag, 25. August, war ein 25-jähriger Somalier aus Paderborn mutmaßlich von einem ebenfalls 25-jährigen Landsmann aus Linnich bei Düren beim Streit um Drogen durch einen Stich in den Hals getötet worden. Auf dem Podium sitzen NRW-Innenminister Herbert Reul, Oberbürgermeisterin Henriette Reker, Polizeipräsident Uwe Jacob und der Sprecher der Kölner Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Ulrich Bremer. Der Festsaal des "Kölsche Boor" platzt mit gut 200 Teilnehmern aus allen Nähten, zahlreiche Kölner und nationale Medien berichten, darunter das ZDF, der WDR, RTL, die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", die "Süddeutsche Zeitung", die Nachrichtenagentur dpa, der "Kölner Stadt-Anzeiger", "Express" sowie Radiosender wie der "Deutschlandfunk" und "Radio Köln".



Diskutieren über Konzepte für den Ebertplatz (v. l.): Moderatorin Ruth Wennemar, NRW-Innenminister Herbert Reul, Oberbürgermeisterin Henriette Reker, Polizeipräsident Uwe Jacob und Oberstaatsanwalt Ulrich Bremer.

Zu Beginn des Abends ruft Moderatorin **Ruth Wennemar** das Publikum eindringlich zu einer sachlichen Diskussion auf: "Ich würde hier, in diesem Raum, nicht das akzeptieren, was ich in den letzten drei Tagen im Netz gelesen habe, das ist keine Kultur untereinander und das ist keine Kultur miteinander. Wer sich daran nicht hält, fliegt raus!" NRW-Innenminister **Herbert Reul** zeigt sich in seinem Eingangsstatement bestürzt über die erneute Bluttat auf dem Ebertplatz. Als er davon erfahren habe, sei sein erster Gedanke gewesen: "Mist! Ich dachte, wir wären schon weiter. Und hoffentlich ist das kein Rückschritt für die Bemühungen." Oberbürgermeisterin **Henriette Reker** war in China, als es passierte: "Erst einmal war ich betroffen, dass ein Mensch sein Leben verloren hat", lenkt sie den Blick zunächst auf das Opfer. Dann habe sie die Sorge gehabt, dass jetzt die Frage käme, ob das Interimskonzept gewirkt habe. "Ich sage: Ja - aber nicht genug." Der Ebertplatz müsse weiter zu allen Jahreszeiten belebt werden. "Soziale Kontrolle ist die beste Gewaltprävention", so Reker.

Polizeipräsident **Uwe Jacob** sagt, die Situation auf dem Platz habe sich in den vergangenen zwei Monaten verändert. Er kündigt an, den Einsatz von Zivilfahndern auszuweiten und dafür zu sorgen, dass sie ab sofort auch bis tief in die Nacht aktiv seien. Zudem wolle er die Kunden stärker ins Visier nehmen als bislang: "Die Käufer der Drogen sind überwiegend Deutsche, auch aus dem Veedel", sagt er, "gäbe es die Kunden nicht, würden die Dealer auch nichts verkaufen." Dafür erntet er Applaus. Trotzdem sei der Ebertplatz nicht der gefährlichste Ort in Deutschland: "Lasst uns die schöne Stadt Köln nicht kaputtreden!"

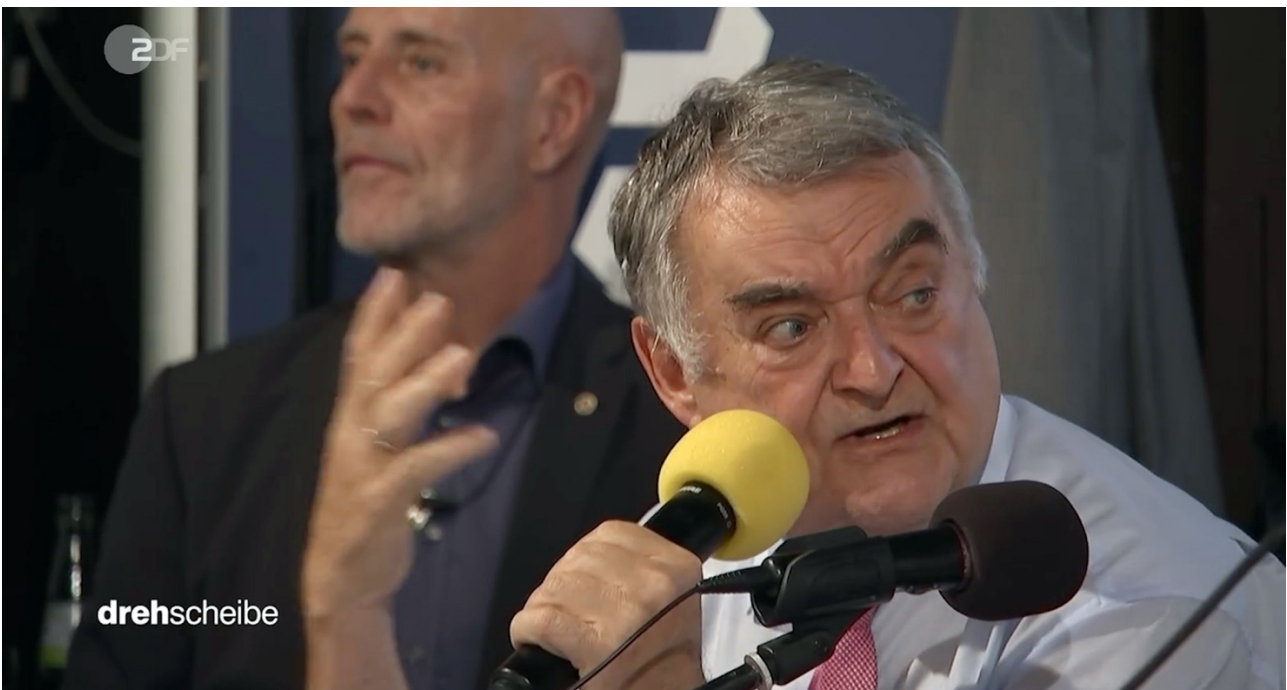


Rund 200 Anwohner und Interessierte sind in den "Kölsche Boor" gekommen, um mit der geballten staatlichen Kompetenz über Lösungsmöglichkeiten für den Ebertplatz zu diskutieren. Nicht alle bekommen einen Sitzplatz.

Der Sprecher der Kölner Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt **Ulrich Bremer**, zeigt sich überzeugt, mit dem Somalier aus Linnich bei Düren den richtigen Tatverdächtigen zu haben. Die Polizei sei schnell am Tatort gewesen und die zehn in Gewahrsam genommenen Personen hätten entscheidende Hinweise auf den mutmaßlichen Täter gegeben. Das Ergebnis einer DNA-Untersuchung stehe allerdings noch aus. Der Tatverdächtige schweige bisher, er habe einen Pflichtverteidiger.

Minister Reul: Verwinkelte Situation der Passagen ist problematisch

Innenminister **Herbert Reul** sieht die verwinkelten unterirdischen Passagen mit den vielen Nischen und Ausgängen als eine der Hauptursachen für die Drogenprobleme auf dem Platz. Seine spontane Überlegung, das in der westlichen Passage betriebene Lokal "African Drum" zu schließen, weil sich dort angeblich die Drogendealer trafen, will er nicht wiederholen. "Wenn Sie sich beschimpft gefühlt haben, Sie waren nicht persönlich gemeint," wendet er sich direkt an den Betreiber der Gaststätte, **Samuel Obode**, mit dem er sich im Anschluss an die Veranstaltung noch persönlich austauscht. Darin, dass der Platz so schnell wie möglich ebenerdig umgebaut werden müsse, sind sich alle Podiumsgäste einig. **Reker** kündigt an, der Umbau werde 2022 beginnen, also ein Jahr später als geplant, die Bürgerbeteiligung starte kommendes Jahr. Bis dahin müsse man sich mit dem bestehenden Konzept "rüberretten": Belebung des Platzes und Präsenz von Ordnungsamt und Polizei, flankiert durch Sozialarbeit. Laut **Jacob** werde im Dezember zudem die Videoüberwachungsanlage mit Nachtsichtkameras einsatzbereit sein, deren Installation bereits begonnen hat. "Mich ärgert das auch, dass es länger dauert, aber wir leben in einem System, wo das kompliziert ist," sagt **Reul**. "Und wir müssen auch mit dem Komplizierten leben, oder wir müssen sagen, wir machen ein System wie Diktatur, einer befiehlt und der Rest folgt. Das ist nicht so."



NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU): "Ich mache mir Sorgen, deshalb bin ich hier!"

Foto: Screenshot ZDF

Anwohner und Gastronomen des Platzes fordern mehr Polizeipräsenz



Samuel Obode (links), Inhaber des "African Drum" in der westlichen unterirdischen Passage des Ebertplatzes, forderte mehr Polizeipräsenz auf dem Platz. In seinem Lokal haben die Dealer Hausverbot.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum fordern fast alle Teilnehmer einhellig eine stärkere Polizeipräsenz auf dem Platz. **Samuel Obode** aus Nigeria, Inhaber der Gaststätte "African Drum": "Ich habe selbst Probleme mit den schwarzafrikanischen Drogendealern! Ich rufe oft die Polizei, manchmal kommt sie, manchmal nicht. Die einzige Lösung ist: Die Polizei muss jeden Tag da sein, tags und nachts!" In seinem Lokal hätten die Dealer striktes Hausverbot. **Baba**, Mitarbeiter des Gastro-Containers auf dem Platz: "Warum kommt die Polizei nicht mal mit einem Sondereinsatzkommando mit 50 Mann und nimmt die Leute richtig auseinander? Und dann nochmal, und nochmal - dann sind die weg!" Auch auf dem Platz vor der Eigelsteintorburg seien die Zustände mittlerweile unerträglich, berichtet die Sprecherin des Bürgervereins, **Ruth Wennemar**: "Da liegen teilweise die Nerven blank. Eine Gastronomin sagte zu mir: 'Die zwingen uns zur Selbstjustiz. Wenn du den Staat brauchst, ist er nicht da!'"

Polizeipräsident **Jacob** erwidert, die Polizei könne nicht rund um die Uhr da sein. "Der Ebertplatz ist in Köln der Ort mit der größten Polizeipräsenz. In diesem Jahr wurden dort 100 Leute festgenommen." Es gebe noch sechs weitere Brennpunkte in Köln, auch die Anwohner dort würden die Präsenz der Polizei erwarten. "So eine Tat kann kein Polizist auf der ganzen Welt verhindern, auch nicht mit Videokameras", so Jacob. Minister **Reul** mahnte zu Besonnenheit: "Ich kann das verstehen. Erster Teil. Zweiter Teil: Die Antwort, der Staat kriegt es nicht hin, ist falsch. Da widerspreche ich. Sie können gerne sagen, sie kriegen es nicht schnell genug hin! Oder es gibt eine Maßnahme, die wir noch zusätzlich ergreifen sollen." Beide deuten nach der Veranstaltung aber an, bei der Polizeipräsenz nachzujustieren.



Fast alle Teilnehmer des Abends forderten mehr Polizeipräsenz auf dem Ebertplatz und auf dem Platz vor der Torburg. Obwohl die Diskussion streckenweise heikel war, weil das Thema polarisiert, verlief sie weitestgehend sachlich.

Oberstaatsanwalt Bremer: Keine "Kuscheljustiz" in Köln

Doch was nützt die beste Polizei, wenn die Justiz nicht mitzieht? **Ruth Wennemar**: "Oft stehen die einkassierten Dealer zwei Stunden später schon wieder da - Herr Bremer, haben wir in Köln eine 'Kuscheljustiz'?" **Bremer** will das nicht stehen lassen: "Wir sind an Gesetze gebunden. Bei weichen Drogen wie Cannabis sind ohnehin keine harten Strafen zu erwarten. Außerdem ist es ein mühsames Geschäft, die Täter zu überführen, weil sie höchst konspirativ vorgehen." Da hoffe er auch auf mehr Mithilfe von der Bevölkerung: "Hinweise und Zeugen aus der Bevölkerung gibt es leider kaum." Wenn man mehrere Taten sammelt, habe man eine andere Grundlage: "Dann geht es um gewerbsmäßiges Handeln." Da drohen lange Haftstrafen wie aktuell einem Dealer, der ausgerechnet während des Veedelstreifs auf dem Ebertplatz festgenommen und in U-Haft gekommen war.

Ruth Wennemar bringt eine alte Idee wieder ins Spiel: Es sei zu beobachten, dass einige Zugänge den Dealern als bevorzugte Verkaufsfelder dienen. "Einige Anwohner haben angeregt zu diskutieren, ob diese Zugänge vielleicht doch zugemauert werden sollten", so Wennemar. Das hatten Stadtdirektor **Stephan Keller** und Polizeipräsident **Jacob** vor zwei Jahren vorgeschlagen. Der Plan scheiterte damals am Widerstand von Anwohnern, Kulturschaffenden und Politik. **Reul** spricht sich grundsätzlich gegen Denkverbote aus: "Das Problem muss von allen Seiten angegangen werden, dabei ist jeder neue Vorschlag willkommen und muss geprüft werden."

Legalisierung von Cannabis keine Option

Keine Option ist allerdings offenbar die Legalisierung von Cannabis, um die Dealer "arbeitslos" zu machen. Diese Forderung eines Anwohners aus dem Agnesviertel lehnen sowohl **Reul**, als auch **Reker**, **Jacob** und **Bremer** geschlossen ab. Wissenschaftliche medizinische Gutachten hätten gezeigt, dass es bei Cannabis-Konsum sehr schnell zu Veränderungen im Hirn komme. Cannabis sei daher nicht mit Alkohol zu vergleichen. **Reul**: "Ich halte Cannabis für eine gefährliche Veranstaltung!" Auch Abschiebungen seien in unserem Rechtsstaat nicht so einfach, wie man denke. "Aber zu hinterfragen, ob unsere Gesetze ausreichend sind, da bin ich dabei." Man solle sich aber trotz aller Sorgen auch freuen über die Fortschritte.



Beteiligten sich ebenfalls an der Diskussion: SPD-Landtagsabgeordnete Susana dos Santos (vorn links), dahinter die SPD-Fraktionschefin in der Bezirksvertretung, Regina Börschel, Grünen-Ratschherr Jörg Frank (stehend), die Linke-Fraktionssprecherin im Rat, Gisela Stahlhofen, Yana Yo (Grüne, Bezirksvertretung) und Günter Leitner (CDU, stellvertretender Bezirksbürgermeister). Im blauen T-Shirt Wolfgang Micheel-Fischer (CDU Bezirksvertretung). Vorn rechts Streetworker Stefan Lehmann.

Grünen-Ratschherr **Jörg Frank** will ebenso wie die SPD-Fraktionschefin in der Bezirksvertretung, **Regina Börschel**, einen zügigen ebenerdigen Umbau des Ebertplatzes. **Günter Leitner** (CDU), stellvertretender Bezirksbürgermeister Innenstadt, fordert eine mobile Polizeiwache auf dem Platz, **Gisela Stahlhofen**, Fraktionssprecherin der Linken im Rat, eine mobile Station von Streetworkern. Diese sollten Zugang zu den Dealern und Kunden suchen und den Dealern Alternativen anbieten. Für eine solche mobile Station auf dem Ebertplatz verlangt sie die Einstellung von mindestens vier weiteren erfahrenen Streetworkern. Falls die Dealer für Alternativen nicht empfänglich seien, sollten die Streetworker sie der Polizei übergeben, mit der sie "auf Augenhöhe" zusammenarbeiten sollten. Auch **Jörg Frank** spricht sich für mehr Streetworker und eine Intensivierung der Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei und Stadt sowie den Streetworkern aus.

(Text und Fotos: Burkhard Wennemar)

Mehr Fotos vom Veedelstreiff gibt es auf unserer Facebook-Seite: <https://www.facebook.com/eigelsteinveedel/>